

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der weiteren Abgeordneten
der PDS**

Besteuerung von Flugkraftstoffen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. noch vor der Welt-Klima-Konferenz 1995 in Berlin eine Initiative zur Besteuerung von Flugkraftstoffen innerhalb der Europäischen Union zu ergreifen und entsprechend auf eine Änderung des Artikels 8 Abs. 1 Buchstabe b der Richtlinie 92/81 EWG hinzuwirken sowie
2. die Beratung eines Tagesordnungspunktes zur Besteuerung von Flugkraftstoffen als Maßnahme zur Herstellung von Kostenwahrheit im Verkehr auf der Welt-Klima-Konferenz vom 28. März bis 7. April in Berlin einzufordern.

Bonn, den 16. Dezember 1994

Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Gregor Gysi für die weiteren Abgeordneten der PDS

Begründung

Das Flugzeug ist das mit Abstand klimaschädlichste Verkehrsmittel, zum einen wegen seines hohen Energieverbrauchs, zum anderen wegen der in großen Höhen ausgestoßenen Schadstoffe, die dort eine längere Verweildauer und eine wesentlich höhere Treibhauswirkung haben. Seit im Oktober 1992 die EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Mineralöle verabschiedet wurde, konnten viele Erkenntnisse über die Schädlichkeit der Emissionen aus dem Luftverkehr hinzugewonnen werden. Dies macht ein sofortiges Handeln erforderlich. Eine Überprüfung der Richtlinie nach Artikel 8 Abs. 7 bis spätestens 31. Dezember 1997 ist nicht ausreichend. Es ist dringend notwendig, die finanziellen Begünstigungen für den Flugverkehr endlich abzuschaffen.

Die Schadstoffemissionen allein des zivilen Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland betrugen 1992 15 Mio. Tonnen Kohlendioxid, 67 726 Tonnen Stickoxyde, die bereitgestellte Menge an Flugkraftstoffen betrug 1992 4,8 Mio. Tonnen. Pro Kilometer Beförderungsstrecke verbraucht das Flugzeug für 1 Tonne Fracht mehr als das 200fache im Vergleich zur Bahn. Haben Stickoxyde in Bodennähe eine Verweildauer von ein bis zwei Tagen, so ist erwiesen, daß sich Stickoxyde in der unteren Stratosphäre (ca. 10 000 m hoch) ein bis zwei Jahre befinden und globale Auswirkungen haben.

Auf dem wirtschaftlichen Sektor führt die steuerliche Befreiung von Flugkraftstoffen dazu, daß die Distanz zwischen Produktionsstätte und Verbraucher keinerlei Bedeutung mehr hat. Der Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland, die Verödung von ehemaligen Produktionsstandorten, letztlich auch Arbeitslosigkeit ist nicht nur auf Billiglöhne in den zu entwickelnden Ländern zurückzuführen, sondern ebenfalls auf die enorm niedrigen Transportkosten, die letztlich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ermöglicht werden.

Da der Luftverkehr immense Schädigungen verursacht, muß die Welt-Klima-Konferenz im Frühjahr 1995 in Berlin dieses Thema beraten, damit die Überprüfung bzw. Abschaffung der steuerlichen Subvention vorangetrieben wird.